

nen Steuerpflichtigen liegt insgesamt ein negativer Gesamtbetrag der Einkünfte vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

55. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.) Für welche Rüstungsgüter hat die Bundesregierung im Jahr 2010 Exportgenehmigungen nach Saudi-Arabien erteilt, und welche Kriegswaffen wurden in diesem Jahr tatsächlich dorthin ausgeführt (bitte unter Angabe des jeweiligen Werts)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernd Pfaffenbach vom 7. April 2011

Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sehen vor, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag jährlich einen Rüstungsexportbericht vorlegt. Darin werden die von der Bundesregierung erteilten Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Einzelnen aufgeschlüsselt und bewertet. Der Rüstungsexportbericht für das Jahr 2010 liegt derzeit noch nicht vor.

Nach vorläufiger Auswertung wurden im Jahr 2010 für Lieferungen nach Saudi-Arabien von Gütern, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anhang zur Außenwirtschaftsverordnung) erfasst werden, 232 Genehmigungen im Wert von rund 152,5 Mio. Euro erteilt. Diese umfassten im Wesentlichen elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für die elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, elektronische Kampfführung, Baugruppen (A0011/29,8 Prozent); Flugkörper, Simulatoren, Leuchtmunition, Darstellungsmunition und Teile für Seeminenräumungssysteme, Flugkörper (A0004/17,1 Prozent); Teile für Schnellboote und Patrouillenboote (A0009/15,7 Prozent); Luftaufklärungssysteme und Teile für Kampfflugzeuge, Tankflugzeuge, Triebwerke, Bordausrüstung (A0010/9,9 Prozent); Munition für Gewehre, Maschinenpistolen, Jagdwaffen, Sportwaffen, Nebelgranaten, Reizstoffwurfkörper und Teile für Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition, Gewehrmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition (A0003/5,9 Prozent) sowie Lkw und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Lkw (A0006/5,8 Prozent).

Das Volumen der erteilten Genehmigungen nach Saudi-Arabien ist 2010 im Vergleich zu 2009 (damals 167,9 Mio. Euro) zurückgegangen.

Im genannten Zeitraum wurden nach vorläufigem Ergebnis des Statistischen Bundesamtes Kriegswaffen im Wert von rund 30,3 Mio.

Euro nach Saudi-Arabien ausgeführt; diese Ausfuhren betrafen die Positionen 7, 29, 30, 34 sowie 50 der Kriegswaffenliste.

56. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundesregierung angesichts des saudischen Einmarschs in Bahrain und der aktuellen Unruhen im Land selbst keinen Exportstopp von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien verhängt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernd Pfaffenbach
vom 7. April 2011**

Die Bundesregierung verfolgt die aktuellen Entwicklungen in Bahrain und der Region – auch vor dem Hintergrund der Entsendung von Truppen aus Staaten der Golfregion, darunter Saudi-Arabien, nach Bahrain auf Bitten der bahrainischen Regierung – sehr genau.

Über Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung jeweils im Einzelfall und im Lichte der aktuellen Situation. Grundlage hierfür sind die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Bei jedem Antrag prüft die Bundesregierung sehr gründlich vor dem Hintergrund der Lage in der Region und dem betroffenen Land unter anderem die Bedeutung der beantragten Ausfuhren für die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region (Kriterium 4 des Gemeinsamen Standpunkts der EU).

57. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Waffenexporte nach Saudi-Arabien in Bezug auf das Prinzip der Politischen Grundsätze der Bundesregierung, demzufolge der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland bei den Entscheidungen über Exporte von Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen wird, vor dem Hintergrund der Feststellung der letzten Menschenrechtsberichte der Bundesregierung, dass Frauen in Saudi-Arabien bislang wesentliche Menschenrechte vorenthalten werden?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernd Pfaffenbach
vom 7. April 2011**

Die Leitlinien für die Genehmigungsbehörden bilden die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 19. Januar 2000 und der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln